

»Linksfaschismus«

von Karlheinz Weißmann

Zu den Irritationen im großen Gedenken an das Jahr '68 gehörte die »Entlarvung« des Politologen und Vordenkers der APO, Johannes Agnoli, als Ex-Faschist. Auf einer Konferenz des Deutsch-Italienischen Zentrums Villa Vigoni im Dezember 2006 wies Wolfgang Kraushaar darauf hin, daß Agnoli, 1925 geboren und auf den Vornamen Giovanni getauft, nicht nur zu den Aktivisten des staatlichen Jugendverbandes der Ära Mussolini gehörte, sondern nach dem Kollaps des Regimes auf die Seite der »Sozialrepublik« und ihres deutschen Verbündeten trat. Über die Waffen-SS meldete er sich freiwillig zu einer Gebirgsjägereinheit der Wehrmacht, germanisierte seinen Namen zu »Johannes Aknoli« und nahm an Kämpfen gegen Partisanen in Jugoslawien teil. Im Mai 1945 geriet er in britische Gefangenschaft und wurde in das ägyptische Lager Moascar gebracht. Erst im Sommer 1948 entlassen, ging er nach Westdeutschland, lebte und arbeitete zunächst in Baden, bis er 1949 ein Kriegsteilnehmerstipendium erhielt und in Tübingen ein Studium aufnehmen konnte. Im Mai 1955 wurde er deutscher Staatsbürger, reitalianisierte allerdings seinen Nachnamen zu »Agnoli«. Er engagierte sich früh in der SPD, vor allem aber im Umfeld der »heimatlosen Linken« (Wolfgang Abendroth, später Ossip K. Flechtheim) und im SDS, was ihm 1961 den Parteiausschluß einbrachte und in der Folge den Aufstieg zum Theoretiker der Außerparlamentarischen Opposition ermöglichte. 1972 erhielt Agnoli einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Zu dem Zeitpunkt war er längst eine bekannte Größe der radikalen Linken. Fünf Jahre zuvor hatte er ein Buch mit dem Titel *Die Transformation der Demokratie* veröffentlicht, dessen Kern eine scharfe Abrechnung mit dem parlamentarischen System bildete, von dem Agnoli behauptete, daß es lediglich der Maskierung von Kapitalinteressen diene, eine massentaugliche Fiktion, die jedenfalls mit »Demokratie« nichts zu tun habe und jederzeit den Übergang zu offenem Faschismus ermögliche. Damit verband Agnoli eine grundsätzliche Legi-

timierung gewaltsamen Vorgehens gegen das System, wenngleich er davor zurückscheute, offen zum Bürgerkrieg aufzurufen.

Die eigentliche Pointe der Argumentation von Kraushaar war die These, daß Agnoli damit seinen ursprünglichen antibürgerlichen und antiparlamentarischen Affekt aus der faschistischen Zeit wieder aufgenommen habe, der sich nur nicht mehr von »rechts« vorbringen ließ, sondern nur noch von »links«. Die Behauptung wurde schon auf der Tagung als »Skandal« bezeichnet; Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, erklärte, der Vorwurf Kraushaars treffe »das Selbstverständnis der deutschen Linken härter als alle Vorwürfe des Utopismus, des Erlösungswahns, der politischen Verblendung, weil sie ihren moralischen, bis heute fortwirkenden Impetus des radikalen Antifaschismus und der verdrängungswütenden Auflehnung gegen die Elterngeneration ernst nimmt – und gegen die Achtundsechziger-Bewegung selbst kehrt.«

Vor allem aber hat die Entlarvung unter den Weggefährten und Anhängern Agnolis heftige Proteste ausgelöst und brachte Kraushaar, der selbst aus dem linken Lager stammt, den Vorwurf des Verrats ein. Interessanter als diese Querele ist allerdings die Frage nach deren sachlichem Gehalt, also: »Wie faschistisch waren die Achtundsechziger?« Daß die ihre politischen Gegner als »Faschisten« bezeichneten und sich selbst natürlich als »Antifaschisten«, ist sattsam bekannt, weniger, daß es einige Bürgerliche gab, die früh die Auffassung äußerten, die Rohheit und Rücksichtslosigkeit, das Irrationale und die Jugendlichkeit des Protestes erinnerten an den Squadrismus oder das Auftreten der SA, fast ganz in Vergessenheit geraten ist, daß ausgerechnet einer, der als Parteigänger der Achtundsechziger galt und gilt, Jürgen Habermas, frühzeitig auf die Gefahr eines »linken Faschismus« hingewiesen hat.

Am 9. Juni 1967 fand im Anschluß an die Beerdigung Benno Ohnesorgs in Hannover eine öffentliche Diskussion zwischen Habermas und



Fast wie Che; Freiwilliger der Truppen der Italienischen Sozialrepublik, 1944.

Rudi Dutschke statt, an der mehr als 5.000 Studenten teilnahmen. Nachdem Dutschke seine Strategie entwickelt hatte, antwortete Habermas: »Herr Dutschke hat als konkreten Vorschlag nur vorgetragen ..., daß ein Sitzstreik stattfinden soll. Das ist eine Demonstration mit gewaltlosen Mitteln. Ich frage mich, warum er das nicht so nennt und warum er eine dreiviertel Stunde darauf verwendet hat, um eine voluntaristische Ideologie hier zu entwickeln, die man im Jahr 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, die man aber unter heutigen Umständen – jedenfalls glaube ich, Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen – »linken Faschismus« nennen muß.«

Man kann ausschließen, daß Habermas das Diktum »linker Faschismus« einfach herausgerutscht ist, es ging ihm auch nicht nur um eine polemische Formel oder den Verblüffungseffekt. Ganz sicher kannte er die Querverbindungen zwischen der radikalen Linken und dem historischen Faschismus, dessen Führer zu einem Teil Ex-Sozialisten (Mussolini, Mosley, Deat, de Man) oder Ex-Kommunisten (Doriot) waren, die nicht einfach konvertierten, sondern ihre enttäuschten Revolutionshoffnungen mitbrachten. Das erklärt etwas vom »Blanquismus« der Kampfgruppen, der jakobinischen Rechtfertigung des Terrors, der Tendenz zur »direkten Aktion«, dem Mythos der Gewalt, dem Führerkult, der Verachtung für die »formale Demokratie« und dem Glauben an den »neuen Menschen«. Keines dieser Elemente war genuin faschistisch und ganz sicher nicht rechts im Sinn der konservativen Weltanschauung, sondern Erbe der Linken des 19. Jahrhunderts. Das blieb vor allem im romanischen Faschismus immer virulent. Erin-

nert sei nur an die radikalen Pläne des Urfaschismus – Abschaffung der Monarchie, vollständige Trennung von Staat und Kirche, Liquidierung der Orden, Sozialisierung der großen Betriebe und Schaffung von technischen Sowjets – oder an die Erklärung Hendrik de Mans von 1940, daß mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Brüssel der Arbeiter über den Bourgeois triumphiere, an die Äußerung Jacques Doriot's, daß der Faschismus das Erbe von 1789 bewahre, oder an die offene Bewunderung Drieu la Rochelles für Stalin, dem er bei Kriegsende den Sieg an Stelle des bürgerlichen Westens wünschte.

Angesichts dieser historischen Last durfte Habermas die Radikalisierung der APO, das Revolutionsgerede von Dutschke und anderen ebenso beunruhigen wie deren Bewunderung für die militanten Bewegungen der Zweiten und die Guerilla der Dritten Welt. Daß ein unter den Studenten einflußreicher Ideologe wie Frantz Fanon von dem Wunsch getrieben war, die europäische Zivilisation oder die Zivilisation überhaupt auszulöschen, konnte ebensowenig einem Zweifel unterliegen wie der Rassismus der Black Panther Party oder der Sozialnationalismus des Vietcong, der Palästinenser und all der anderen Befreiungsbewegungen.

Die Äußerung von Habermas fand damals ein außergewöhnliches Echo und selbstverständlich viel »Beifall von der falschen Seite«. Das hat ihn dazu bewogen, sie nicht zu wiederholen, auf Nachfrage zu relativieren und schließlich (fast) zurückzunehmen. Daß er von seiner Einschätzung tatsächlich abgegangen ist, muß man allerdings bezweifeln. Sein Verhalten bei der Besetzung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung spricht ebenso dagegen wie seine Einlassungen zum Aspekt der Reformierbarkeit des »Systems«. Es wurde ihm nur bis zum Beginn der siebziger Jahre deutlich, daß die Gefahr einer weiteren Eskalation begrenzt, die Wahrscheinlichkeit aber groß war, den Druck der APO auf das Establishment der Bundesrepublik nutzen und sich gleichzeitig in den Ruf des Gemäßigten bringen zu können, der wahlweise den Neomarxisten oder den Linkliberalen gab. Das mochte einem aktuell den Vorwurf der Halbheit eintragen, mittelfristig war so wesentlich mehr zu erreichen. Der Gesamtvorgang ist auch deshalb lehrreich, weil er deutlich macht, wieviel Witterung und Geschick dazu gehörte, den Weg zu gehen, den Habermas gegangen ist, um sich schließlich als maßgebende Instanz der Bundesrepublik zu etablieren.